

© ProLitteris / Ramseyer Niklaus / Basler Zeitung;  SMD Schweiz zum freien und fairen Gebrauch

06.09.2007; Seite 7

## Führt das Kürzel CB zu Christoph Blocher ?

**Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats untersucht Komplottverdacht gegen Ex-Bundesanwalt Roschacher**

*Die Subkommission der Geschäftsprüfungskommission vermutet wegen in Deutschland beschlagnahmter Dokumente ein Komplott hinter dem Rücktritt von Bundesanwalt Roschacher.*

Lucrezia Meier-Schatz, die Präsidentin der Subkommission EJPD bei der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission, sagte gestern Abend vor den Bundeshausmedien in Bern, die beim Bankier Oskar Holenweger vor dem Landeskriminalamt Stuttgart beschlagnahmten Dokumente enthielten einen zweiseitigen Zeitplan. Der Plan nach militärischem H-Muster lag gemäss Meier-Schatz lange in der Brieftasche des Bankiers.

Er sei vermutlich der Zeitplan für die «Absetzung» des damaligen Bundesanwalts Valentin Roschacher. Stunde Null sei im Sommer 2006 gewesen, also in jenem Zeitraum, in dem Valentin Roschacher tatsächlich zurückgetreten ist. Ein genaues Datum nannte Meier-Schatz nicht. Der Plan enthalte genaue Anweisungen an die Akteure. Meier-Schatz sagte, auch die Bundesanwaltschaft gehe von der Echtheit der Dokumente aus.

PARALLELEN ZUR REALITÄT. Weitere, teilweise datierte Dokumente › etwa Flip-Charts › liessen Parallelen zum Ablauf des Falles Roschacher erkennen, so die Berichterstattung in der «Weltwoche» über den Fall «Ramos». Auch andere Notizen liessen auf eine gewisse Koordination der Medienberichte schliessen. Hinweise auf parlamentarische Vorstösse liessen sich auch finden.

Die Dokumente enthielten zahlreiche Namen und Initialen. Das Kürzel CB komme vor, der Ortsname «Rhäzüns» nicht, sagte Meier-Schatz. In Rhäzüns beschlossen Bundesrat Christoph Blocher und Emanuel Hochstrasser, der Präsident der Beschwerdekammer im Bundesstrafgericht, am Pfingstmontag 2006 eine Administrativuntersuchung gegen Roschacher.

TIPP VOM BUNDESANWALT. Meier-Schatz sagte weiter, die Bundesanwaltschaft habe die Subkommission auf die im Juni beim eidgenössischen Untersuchungsrichter eingetroffenen Dokumente aus Deutschland aufmerksam gemacht. Der mit der Voruntersuchung zu mutmasslichen Geldwäschereidelikten Holenweger betraute Untersuchungsrichter hatte sie im Rahmen der Rechtshilfe erhalten. Das parlamentarische Gremium konnte nur Kopien einsehen. Damit die Subkommission sich ihrer bedienen kann, bedarf sie der Zustimmung Deutschlands. Gemäss Meier-Schatz werden entsprechende Anträge eingereicht. Sie schloss aus, dass ihre Subkommission noch vor den Wahlen im Herbst neue Erkenntnisse vorlegen kann.

GPK-Präsident Jean-Paul Glasson (FDP, FR) erklärte, die Kommission habe sich entschlossen, keine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zu beantragen. Dieses Verfahren würde zu lange dauern, und das neue Parlament müsste sich seiner annehmen.

VERHÄLTNIS GESTÖRT. Der GPK-Bericht hält fest, das Vertrauensverhältnis zwischen EJPD-Vorsteher Blocher und Roschacher sei damals gestört gewesen. Diese Meinungsdivergenzen

und Spannungen hätten angesichts der fachlichen Unabhängigkeit des Bundesanwalts und des damit verbundenen erhöhten Kündigungsschutzes das Vorgehen des Justizministers aber nicht gerechtfertigt. Zudem habe Bundesrat Blocher im Bereich der Medieninformation über laufende Ermittlungsverfahren unerlaubte Weisungen erteilt. Weiter kritisierte die GPK Blocher dafür, dass er die Roschacher ausbezahlte Abgangsentschädigung ohne gesetzliche Grundlage ausbezahlt hat. «Dieses Vorgehen ist in Anbetracht der unabhängigen Stellung und Funktion des Bundesanwaltes in rechtsstaatlicher Hinsicht problematisch», heisst es im 101-seitigen Bericht.

«SCHWERWIEGEND». SP-Parteipräsident Hans-Jürg Fehr sagte gestern Abend, Justizminister Christoph Blocher habe sich im Fall Roschacher «schwerwiegende Verfehlungen» zu Schulden kommen lassen. Es sei nicht das erste Mal, das Blocher seine Kompetenzen überschreite. Die Schlussfolgerungen der GPK bestätigten die Sicht der SP, wonach Blocher als Bundesrat «schon immer ungeeignet» gewesen sei. «Blocher muss bei den kommenden Bundesratswahlen über die Klinge springen», sagte Fehr weiter.

Moderater äusserte sich gestern CVP-Präsident Christoph Darbellay. Die Kritik der GPK an Blocher im Zusammenhang mit Roschachers Absetzung sei «nicht gravierend». SDA/AP

kommentar

### Gefährliche Machtspiele

NIKLAUS RAMSEYER, Bern

Das gute Resultat schien dem Justizminister, SVP-Bundesrat Christoph Blocher, bisher recht zu geben: Mit dem neuen Bundesanwalt Erwin Beyeler besteht Hoffnung auf Remedur bei der jahrelang angeschlagenen Bundesanwaltschaft. Blocher hat allerdings eigenmächtig gehandelt und dem Mitte 2006 endlich verabschiedeten Bundesanwalt Valentin Roschacher auch noch einen jener goldenen Fallschirme verpasst, die er früher selber immer angeprangert hatte. Das Parlament hat dies bereits festgestellt und gerügt › mit mehr oder weniger Achselzucken, nebst guten Ermahnungen für die Zukunft.

Nun aber tun sich ganz andere Dimensionen dieser leidigen Geschichte auf: Sollte es tatsächlich einen generalstabsmässigen Mobbing-Plan › auf Flipcharts mit Namen und Zeiten, wer wann wo was gegen Roschacher macht › gegeben haben? Die Kommission hat starke Anhaltspunkte. Blocher weist den Verdacht weit von sich. Es steht Aussage gegen Aussage. Das sind gefährliche Machtspiele. Und da hilft nur eins: die Wahrheit, nichts als die ganze Wahrheit. Sie muss auf den Tisch. Mit voller Mithilfe der neuen Bundesanwaltschaft und ohne Rücksicht auf deutsche Befindlichkeiten. Transparenz geht vor. Und zwar vor den Wahlen aller Bundesräte für weitere vier Jahre am 12. Dezember: Die Bundesversammlung soll in voller Kenntnis der Fakten entscheiden können.

nrbaz.bern@bluewin.ch

### zitiert

EMPFEHLUNGEN. Die GPK hat in ihrem Bericht über die «Überprüfung der Funktion der Strafverfolgungsbehörden des Bundes» sechs Empfehlungen an den Bundesrat erlassen. Die beiden letzten betreffen den Rücktritt des Bundesanwalts:

«5. Der Bundesrat nimmt sich des Dossiers Bundesanwaltschaft unverzüglich aktiv an und trifft Massnahmen zur Sicherstellung der Unabhängigkeit der Bundesanwaltschaft in institutioneller und personeller Hinsicht.

6. Der Bundesrat sorgt dafür, dass die Abgrenzung zwischen unabhängiger Informationstätigkeit der Bundesanwaltschaft und der Koordination mit der Informationstätigkeit des EJPD als administrativ vorgesetzte Behörde geklärt wird.» AP

### Blocher nennt Komplottvorwurf «Hirngespinnste»

Wie ein böser Geist taucht der geschasste Bundesanwalt Roschacher immer wieder beim Justizminister auf

NIKLAUS RAMSEYER, Bern

*Bundesrat Christoph Blocher (SVP) sah sich gestern erneut zu «Klarstellungen» im «Fall Roschacher» genötigt. Dabei hatte Bundesanwalt Valentin Roschacher schon Anfang Juli 2006 seinen Posten fristlos quittiert. Die zuständigen Parlamentskommissionen haben zum Fall etliche Berichte verfasst.*

«Die operative Führung der Bundesanwaltschaft übernimmt ab sofort interimistisch der stellvertretende Bundesanwalt Michel André Fels.» Und: Bundesanwalt Valentin Roschacher › damals seit 1. März 2000 im Amt › beschränke seine Tätigkeit bis zu seinem Rücktritt Ende 2006 auf «strategische Geschäfte».

PROBLEM GELÖST? Nach dieser Mitteilung an die Medien mit Datum vom 5. Juli 2006 fuhr SVP-Bundesrat Christoph Blocher › der Chef des Eidgenössischen Justiz und Polizeidepartements und damit auch «administrativ» der Bundesanwaltschaft › erleichtert in die Sommerferien 06. Ein gewichtiges Problem in seinem Departement schien endlich gelöst. «Über die Modalitäten der Demission» hätten sich «die Parteien geeinigt», liess er verlauten.

LOHNFORTZAHLUNG. Blocher versuchte jedoch, die «Modalitäten» von Roschachers Abgang durch «die Parteien» geheim zu halten. Umsonst: Bald stellte sich heraus, dass Blocher Roschacher Lohnfortzahlung bis Ende 2007 hatte gewähren müssen › faktisch also fast anderthalb Jahre (oder weit über 300 000 Franken).

Dies und die genauen Hintergründe von Roschachers Abgang riefen die zuständigen Kommissionen der parlamentarischen Oberaufsicht über Blocher und Roschacher auf den Plan. Blochers angebliche «Lösung» des Falls Roschacher entpuppte sich als Scheinlösung.

RÜGE AUS DEN RÄTEN. Inzwischen ist der «Fall Roschacher» nämlich zwar noch nicht zu einem «Fall Blocher» geworden. Aber doch zu einem «Fall Roschacher/ Blocher». Gestern Abend hat die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrats überstürzt einen weiteren Bericht zu dieser fast endlosen Geschichte publiziert (siehe Artikel oben). Zuvor hatte schon die Finanzdelegation beider Räte festgehalten, Blocher hätte sich vor seinen finanziellen Zusagen an Roschacher mit ihr absprechen müssen. Und für die «Modalitäten» von Roschachers Abgang aus dem Bundesdienst wäre nicht EJPD-Chef Blocher zuständig gewesen, sondern der Gesamtbundesrat › der auch Wahlbehörde ist für den Bundesanwalt.

Noch bevor der GPK-Bericht gestern Abend vorgestellt wurde, meldete sich Blocher in Bern zu Wort. Er habe die Weiterungen und Untersuchungen, die nun auf Roschachers Abgang seit einem Jahr folgten, «zumindest nicht ausgeschlossen», räumte der Justizminister an einer kurzfristig einberufenen Medienkonferenz ein. «Wir waren bei der Bundesanwaltschaft jedoch in einer sehr schwierigen Situation › ich konnte meine Verantwortung nicht mehr wahrnehmen, und wir mussten handeln.» Seit Mitte August ist nun der neue Bundesanwalt Erwin Beyeler da. Und Blocher zeigt sich zufrieden mit der neuen Situation.

Weniger erfreut zeigte er sich über den neusten Bericht der GPK, den er gestern als «tendenziös» bezeichnete. Er dementierte Medienberichte, wonach er zusammen mit Bundesstrafrichtern und Parlamentariern im Frühling 2006 gegen Roschacher ein «Komplott» geschmiedet haben soll: «Das sind Hirngespinnste.» «Ich war ja dabei, als Herr Roschacher kündigte. Von einem Komplott weiss ich nichts.»

ZERRÜTTET. Fest steht, dass sich das Verhältnis zwischen Blocher und Roschacher schon kurz nach Blochers Amts- antritt als Justizminister 2004 rapid verschlechtert hat. Der zuvor schon umstrittene Roschacher geriet mit Blocher mehrmals aneinander. Doch konnten ihm in Untersuchungen der parlamentarischen Aufsicht nie gravierende Fehler nachgewiesen werden.

Zuletzt war das Verhältnis Blocher -Roschacher zerrüttet. Es gebe Leute, «die in einer solchen Situation nicht handeln, weil sie das danach drohende Theater scheuen», sagte Blocher gestern. Doch das müsse er «nun halt einfach durchstehen».

*Kein Komplott. Bundesrat Blocher wies gestern Vorwürfe gegen ihn vor den Medien in Bern zurück. Foto Keystone*

*Sorgt weiter für Aufregung. Ex-Bundesanwalt Valentin Roschacher. Foto Keystone*